Deutsche Allgemeine Zeitung

Norddeutsche Allgemeine Zeitung

Das Blatt erscheint täglich morgens, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist vierteljährlich Mark 13.—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32
Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 73/75
Fernsprecher:
Schriftleitung: Zentrum 614, 964, 965, 1580, 1582, 1583. Für Nachtgespräche 1500
Geschäftsstelle: Amt Moritzplatz 1903, 3248, 3294.

Preis für die Einzelnummer: Mk. 1.— zuzügl. 20% Teuerungszuschlag; für die Abfahrten Mk. 4.— zuzügl. 20% Teuerungszuschlag. Stellengesuche 60 Pfg. für die Zeile zuzügl. 20% Teuerungszuschlag.

Nummer 288. Freitag, 20. Juni 1919. Morgen-Ausgabe. 58. Jahrgang.

Die schwere Entscheidung.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

K. Weimar, 19. Juni.

Die Sitzung des Friedensausschusses ist auf morgen nachmittag verschoben worden, da man abwarten will, bis die Fraktionen ihre Stellungnahme festgelegt haben. Am Donnerstag hielten fast alle Fraktionen Sitzungen ab. Die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei haben sich — wie gemeldet — schon für die Ablehnung entschieden, während die Unabhängigen für die Unterzeichnung sind. Daran hat sich inzwischen nichts geändert. Die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei haben ihre Beschlüsse einstimmig gefaßt. Die Meldung verschiedener Blätter, daß ihre süddeutschen Mitglieder für die Unterzeichnung stimmen würden, ist aus der Luft gegriffen. Gerade die süddeutschen Mitglieder beider Fraktionen sind in den Fraktionssitzungen mit besonderem Nachdruck für die Ablehnung eingetreten und haben die gegenteiligen, über sie verbreiteten Gerüchte scharf zurückgewiesen.

Der Schwerpunkt der Entscheidung liegt naturgemäß bei den Mehrheitsparteien. Von ihnen nehmen die Demokraten einen besonderen Standpunkt ein. Ihre Fraktion hat sich heute für die Ablehnung erklärt. Von 65 anwesenden Mitgliedern trat nur einer für unbedingte Unterzeichnung ein, 8 stimmten für eine bedingte Unterzeichnung, während die übrigen geschlossen die Antwortnote der Entente ablehnten. Anders das Zentrum und die Sozialdemokratie. Das Zentrum hat nach langen Beratungen beschlossen, einen Vermittlungsvorschlag anzugreifen. Eine Anzahl Mitglieder der Fraktion stellte den Antrag, für die Unterzeichnung einzutreten unter folgenden Bedingungen:

1) Keine Auslieferung der sogenannten Schuldigen.
2) Ablehnung der Anerkenntnis der Schuld am Kriege.
3) Ablehnung der Formel, daß Deutschland nicht gewillt sei, Kolonien zu verwalten.

Die Fraktion beschloß mit großer Mehrheit, diesem Antrag zuzustimmen und ihn als Grundlage der Beschlußfassung der Nationalversammlung vorzuschlagen. Eine Minderheit der Fraktion hat es allerdings abgelehnt, diesem Vorschlag beizutreten, weil sie gegen die Unterzeichnung stimmt. Ein Fraktionszwang wird nicht ausgeübt werden, so daß jedem Mitglied der Fraktion die Entscheidung im Plenum freigestellt wird.

Heute abend 8 Uhr fand eine interfraktionelle Besprechung der Mehrheitsparteien statt, in der das Zentrum den vorstehenden Antrag einbrachte. Die Sozialdemokratie begann dann um 9 Uhr ihre entscheidende Fraktionssitzung, in der ebenfalls der Vorschlag des Zentrums zur Diskussion gestellt wurde. Die sozialdemokratische Fraktion hatte schon am Nachmittag eine längere Fraktionssitzung abgehalten, die aber eine endgültige Entscheidung nicht traf. Die Mehrheit stimmte allerdings für die Unterzeichnung. Eine Abstimmung, die als eine Art Probe für die Stimmung in der Fraktion vorgenommen wurde, ergab 75 Stimmen für und 33 gegen die Unterzeichnung.

* * *

Die sozialdemokratische Fraktion hielt ihre Sitzung heute abend von 9 Uhr an ab. Die Sitzung dauerte bis gegen 11 Uhr. Es wurde eingehend über den Zentrumsvorschlag debattiert. Zu einer Entscheidung ist man noch nicht gekommen. Es wurde von verschiedenen Seiten die Annahme des Antrages befürwortet, indem man darauf hinwies, daß bei der Annahme des Vorschlages es sich nur bei dem ersten Punkte, die Nichtauslieferung der Schuldigen, um eine Aenderung in dem Friedensvertrag handele. Die übrigen beiden Punkte bedeuten lediglich einen Protest gegen den Inhalt der Mantelnote, die ja zu dem Friedensvertrag selbst nicht gehört, also auch nicht unterschrieben zu werden braucht.

Die Demokratische Fraktion hat ihren bisherigen Vertreter im Friedensausschuß, den Freiherrn von Richthofen, abberufen und ihn durch den Abgeordneten Haas ersetzt. Der Grund liegt in der Stellungnahme des Abgeordneten von Richthofen zu der Friedensfrage, in der er sich auf den Standpunkt gestellt hat, daß er unter gewissen Bedingungen bereit ist, für die Unterschreibung der Friedensbedingungen eintreten, während die Fraktion die Unterschrift ablehnt.

* * *

So Regen zergeht die Dinge. Eine Klärung ist also auch bisher nicht eingetreten. Ob der Vorschlag des Zentrums die Grundlage für eine Verständigung darstellt, die eine Mehrheit des Hauses auf sich vereinigt, steht dahin. Es kommt darauf an, wie sich die Sozialdemokratie zu dem Vorschlag stellt. Eine große Neigung, dem Vorschlag beizutreten, soll in der Sozialdemokratie nicht bestehen. Wenn die Sozialdemokratie den Vorschlag ablehnt, kann die Folge sein, daß die Beratung des Plenums beginnen muß, ohne daß überhaupt eine Mehrheit für irgend ein positives Ergebnis der Beratung von vornherein gesichert ist. Stimmt die Sozialdemokratie zu, dann ist zu erwarten, daß sich für den Zentrumsantrag eine Mehrheit findet. Jedenfalls geht die allgemeine Stimmung heute nach der Richtung, daß irgend eine Möglichkeit gefunden werden muß, die den Frieden herbeiführt. Eine Mehrheit des Hauses ist vorhanden, die sich auf diesen Standpunkt stellt. Meinungsverschiedenheiten bestehen nur über die Formel, unter der dieses Ziel erreicht werden kann. Wahrscheinlich wird auch eine endgültige Klärung erst durch die Entscheidung des Plenums herbeigeführt werden.

Das Mißtrauen darüber, ob der Beschluß der Nationalversammlung eine Kabinettskrise herbeiführe, wird fortgesetzt. Daß in irgendeiner Form die Entscheidung der Nationalversammlung die Zusammensetzung des Kabinetts beeinflussen wird, ist wahrscheinlich, da die Stellungnahme der Mehrheitsparteien, die heute im Kabinett vertreten sind, eine direkt gegensätzliche ist. Weitere Schlüsse lassen sich aber noch nicht ziehen. Man wird abwarten müssen, wie die Entscheidung der Nationalversammlung ausfällt. Dann erst kann die Frage einer Neubildung oder Umbildung des Kabinetts akut werden.

(Siehe auch Seite 3.)

Kabinettsrat in Weimar.

Nachtsitzung im Weimarer Schloß.

K. Weimar, 19. Juni.

Das Kabinett hielt heute nachmittag bereits eine längere Sitzung ab. Gegen 8 Uhr trat der interfraktionelle Ausschuß der Mehrheitsparteien mit den Kabinettsmitgliedern zu einer Besprechung im Schlosse zusammen. Die Besprechung dauerte bis gegen 10 Uhr. Im Anschluß an diese Besprechung wird um 2 Uhr ein Kabinettsrat stattfinden, an der der Reichspräsident teilnimmt. Es ist wahrscheinlich, daß diese Kabinettssitzung zu einer endgültigen Stellungnahme gegenüber den Gegenvorschlägen der Entente kommen wird. Die Sitzung dürfte voraussichtlich bis tief in die Nacht hinein dauern, so daß erst im Laufe des Freitag vormittag die Oeffentlichkeit unterrichtet werden kann.

Der Sachverständigenausschuß für Ablehnung.

Drahtmeldung.

Weimar, 19. Juni.

Die unterzeichneten, durch das Kabinett nach Weimar berufenen finanziellen und wirtschaftlichen Sachverständigen, die auch an den Beratungen in Versailles teilnahmen, haben die Antwort der alliierten und assoziierten Regierungen vom 16. Juni 1919 mit den beiden Anlagen einer eingehenden gemeinsamen Prüfung unterzogen. Sie sind dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß auch die neuerdings abgegebenen Erklärungen an den ursprünglichen Friedensbedingungen der Gegner nichts Wesentliches geändert haben. Die Sachverständigen sind einstimmig der Ueberzeugung, daß diese Bedingungen unerfüllbar sind und den völligen wirtschaftlichen Ruin Deutschlands herbeiführen müssen. Sie empfehlen daher dem Kabinett, die Friedensbedingungen abzulehnen.

gez. Wilhelm Berkenkörg. — Louis Hagen. — Gwalt Hilger. — Emil Georg v. Stauß. — Max Warburg. — Wilhelm Cuno. — Philipp Heinefen. — Georg Luchsen. — Franz Urbig. — Otto Wiedfeldt. — F. H. Witthoeft.

Veröffentlichung des abgeänderten Vertrages.

Versailles, 19. Juni. Wie „Petit Parisien" wissen will, wird die französische Regierung den Wortlaut des abgeänderten Friedensvertragsentwurfs am nächsten Sonnabend veröffentlichen lassen.

* * *

Amsterdam, 19. Juni. Nach einer in den englischen Blättern vom 17. veröffentlichten Depesche der Exchange Telegraph Co. aus Washington vom Montag hat der stellvertretende Staatssekretär den Präsidenten Wilson telegraphisch von der Resolution des Senats, in der die Freigabe des Friedensvertrages verlangt wird, in Kenntnis gesetzt. Man glaubt, daß Wilson den Vertrag nicht ohne Zustimmung der Chefs der französischen und britischen Regierung, die als unwahrscheinlich betrachtet wird, freigeben kann.

8. Haag, 19. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Die französische Presse ist äußerst erregt darüber, daß nur der Begleitbrief mit einer Zusammenfassung der Antwort der Alliierten veröffentlicht worden ist, während der eigentliche Text der Antwort wiederum geheim gehalten wird.

Die Stimme des Volkes.

Während die Meldungen aus Weimar über den endgültigen Beschluß der Reichsregierung und des Parlaments in der Frage des Unterzeichnens sich fündlich schwanken, ist die Erkennung der Volksstimmung, ihre Neigung zum Ja oder Nein nahezu ein ungeeignetes Ding; sicher ist nur, daß die Blätter sie nicht klar widerspiegeln, und die zahlreichen Pressefeuilletons des Auslandes, die heute emsig an allen Ecken unsere Volksseele belauschen, helfen sich daher meist damit, daß sie ihr die Regungen unterschieben, die ihnen die genehmsten sind.

Noch immer freilich gibt es bei uns auch eine kleine Schar Ausländer, die es wirklich ehrlich gut mit unserem armen, getretenen Volke meinen. Diese können sich nicht genug über den äußeren Gleichmut wundern, den das Volk in diesen Tagen zur Schau trägt; sie meinen, unter den Weitschenjubeln der triumphierenden „Sieger" müßten sich allerorten die Massen zu gewaltigen Kundgebungen der Empörung vereinigen. Sind wir dazu noch fähig?

Wenn dem Volke die Männer in Weimar und ihre Beschlüsse fremd sind, sagt ihnen dann nicht wenigstens die einfache Ueberlegung, was die Annahme dieses monströsen Vertrages für Generationen von uns bedeutet? Und wie denkt sich unsere Linke das Zusammengehen mit den Massen der anderen Länder, das sie täglich predigt, wenn wir ihnen nicht mit einer Tat männlicher Entschlossenheit die Parole geben, für die sie sich gegen ihre Machthaber einsetzen sollen?

Hat schon jemand danach gefragt, wo die Entente in ihrem Entwurf uns die sofortige Zufuhr von Lebensmitteln zu erschwinglichen Preisen zugesichert hat für den Fall, daß wir unterzeichnen? — Das steht nirgends! Wo liegen an unseren Grenzen große Vorräte bereit zur Einfuhr? Aber wo befände sich nicht in diesem Todesvertrag die Klausel, die uns den letzten Notgroschen, den wir haben, aus der Hand windet?

Wo steht geschrieben, daß unseren Gefangenen sofort nach der Unterzeichnung die Heimkehr offen stehen wird? — Es steht nirgends! Und stände es irgendwo, so würde die Klausel von der Zurückhaltung der Bestraften Handhabe genug sein, eine große Zahl auf unabsehbare Zeit der Freiheit zu berauben.

Wir sind nicht gewöhnt, gleich den Völkern der Entente, besonders den Amerikanern, die Politik nach Spielerregeln zu betrachten. Sonst müßten wir sehen, daß das „Memorandum" der größte Bluff ist, der je einem Volke geboten wurde. Sicht denn niemand, daß das Fünfchen Achtung vor den Leistungen des deutschen Volkes, das noch da und dort in der Welt glimmt, erlöschen muß, wenn wir den Völkern zeigen, daß wir uns selbst aufgeben, wenn im Buche der Geschichte unsere Schande auf ewig mit unserer eigenen Unterschrift besiegelt stände?

Als die deutschen Kriegsschiffe ihre letzte Fahrt nach England machten, haben britische Seeleute offen erklärt, sie verstünden nicht, was in das deutsche Volk gefahren sei. Das ist die Stimme des englischen Mannes aus dem Volke; er würde ebensowenig heute verstehen, wenn wir diesen Vertrag unterzeichnen! Und findet die Regierung, die ja entschlossen ist, fest zu bleiben in dieser Stunde bei der Volksvertretung keine Stütze, so appelliere sie an das Volk! Die Stimme des Volkes wird und muß zum Ausdruck bringen, daß wir trotz allem stark genug sind, die im Interesse unserer Zukunft einzig mögliche ablehnende Antwort zu haben.

* * *

Die „Frankfurter Zeitung" tritt in mehreren Artikeln weiter für die Unterzeichnung des Friedensvertrages ein. In einer Weimarer Korrespondenz des Blattes heißt es: „Wenn wir, wie es in diesem Blatt mit wachsender Stärke geschehen ist, dennoch zur Annahme raten, so tun wir es nicht, weil wir uns über diese Bedingungen irgendwelche Illusionen machen. Deutschland wirft in diesem Friedensvertrag insofern mehr, als es — durch nackten physischen Zwang genötigt — die Unterschrift darunter setzt. Dadurch wird es rechtlich für die Erfüllung mit seinen Kräften haftbar, aber jede moralische Verantwortung daran seinen wir ab. Zahlreiche Gewissen in den alliierten Ländern selbst bedrücken, und diese Stimmen werden immer lauter werden, daß mit diesem Frieden die Welt nicht gefunden können, daß neue Verwirrung und vielfältige neue Konflikte daraus hervorgehen werden. Wir sind in diesem Frieden eine Vertragspartei, aber eine vergewaltigte, gefesselte Partei. In der Weltanarchie, die der Vertrag nicht eindämmt, sondern fördert, werden unsere Gegner die Schuld zu fühlen haben, und das Blut, das noch vergossen wird, kommt auf ihre Seele.

Die „Kölnische Zeitung" legt dar, was sie in der Schicksalsfrage des deutschen Volkes die psychologische Wahrheit nennen möchte, und sagt, diese Gedankengänge endigen die Notwendigkeit auf, unter Protest zu unterzeichnen.

Neue Noten Clemenceaus an Ungarn.

Die künftigen Grenzen Ungarns.

Budapest, 18. Juni.

Nach einer Meldung des Ungarischen Korrbureaus heißt es in einer Note Clemenceaus an die ungarische Regierung:

„Die auf tschecho-slowakischem Gebiet kämpfende ungarische Armee wird aufgefordert, sich sofort hinter die für Ungarn bestimmten Grenzen zurückzuziehen. Wenn die alliierten und assoziierten Mächte auf Grund der Information ihrer Vertreter, vom 14. Juni mittag gerechnet, innerhalb vier Tagen nicht darüber Mitteilung erhalten, daß diese Bestimmung tatsächlich durchgeführt worden ist, so wird es ihnen freistehen, vorzubringen oder sonstige Maßnahmen zu ergreifen, welche zur Sicherung des gerechten Friedens geeignet erscheinen. Die rumänischen Truppen werden in dem Augenblick zurückgezogen, in welchem die ungarischen Truppen die Slowakei räumen. Die alliierten und assoziierten Mächte fordern nachdrücklich, daß während dieser Truppenbewegungen die Rumänen nicht beunruhigt werden, und keinerlei Versuch gemacht werde, ihnen über die rumänische Grenze hinaus zu folgen."

Eine weitere Depesche Clemenceaus an die ungarische Regierung setzt die genauen Grenzen Ungarns gegenüber der Tschecho-Slowakei und Rumänien fest.

Nachtragsetat von 6 Milliarden.

Der vom Staatsausschuß am 18. d. M. angenommene Gesetzentwurf betr. die weitere vorläufige Regelung des Reichshaushalts und des Haushalts der Schutzgebiete für das Rechnungsjahr 1919 sieht eine Ausgabebewilligung von 6 Milliarden Mark vor. Die Aufstellung des endgültigen Etatsentwurfs kann erst auf Grund der durch den Friedensschluß geschaffenen Verhältnisse erfolgen.

Transporte britischer Truppen über den Rhein.

J. Köln, 19. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Seit heute früh marschieren in ununterbrochenen, wohlgeordneten Zügen britische Truppen durch Köln über den Rhein. Man sieht ganze Regimenter Infanterie, schwere Artillerie, mit allen Arten von Geschützen, Pontons und Tanks durch die Straßen in die Stadt wandern. In schnellstem Tempo rasen die Autos durch die Stadt. Alles ist zum Einmarsch in Köln vorbereitet.

Hollands Lebensmittellieferungen.

Amsterdam, 19. Juni. Dem niederländischen Korrespondenzbureau zufolge dürfen 50 Prozent der für die Ausfuhr bestimmten Mengen niederländischer Butter und niederländischer Käse nach neutralen Ländern und dem unbesetzten Gebiet der Mittelmächte mit Ausnahme Ungarns ausgeführt werden.

Das Korrespondenzbureau erfährt weiterhin, daß die Blättermeldung, wonach die Ausfuhr von Lebensmitteln aus den Niederlanden nach Deutschland zum größten Teil eingestellt ist, sich nicht auf die Ausfuhr niederländischer Lebensmittel nach Deutschland bezieht. Was die Ausfuhr der für Deutschland bestimmten, in den Niederlanden aufgestapelten Lebensmittelmengen aus den alliierten Ländern betrifft, so ist auch diese weiterhin gestattet. Es sind jedoch hierbei Schwierigkeiten entstanden, die aber nicht ernster Natur sind.

Die russisch-englische Marinekonvention 1914.

Der Veröffentlichung des deutschen Weißbuches über die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges, das unsere Kenntnis nach verschiedenen Richtungen wesentlich erweitert und vertieft, hat die allgemeine Aufmerksamkeit von neuem auf die feindlichen Machenschaften vor dem Kriege gelenkt. Es verdient Beachtung, daß diese noch in den letzten Vorkriegsmonaten tatkräftig und wirkungsvoll ausgebaut worden sind. Den Beweis dafür liefert neben anderen eine militärische Abmachung, die für sich allein betrachtet nicht allzuviel Auffallendes ergäbe, aber im Zusammenhalt mit der ganzen jahrelang gegen Deutschland betriebenen Koalitionspolitik von wesentlicher Bedeutung ist. Gemeint ist das (nicht mehr zum Abschluß gelangte) Marineabkommen zwischen Rußland und England vom Jahre 1914.

Der Anstoßgeber zu Rußland aus. Die Vereinbarungen waren in der üblichen Fassung der Militärkonventionen gedacht; der über diese Vereinbarungen geführte Schriftwechsel läßt jedoch, gleichwie die Motive zu einem Gesetzentwurf, mit großer Klarheit Geist und Tendenzen erkennen, die aggressiv und gegen einen gemeinsam einzukreisenden Feind gerichtet waren — gegen Deutschland. Technisch wurde das Abkommen nur zwischen den beiderseitigen Marinebehörden verhandelt, um den beiderseitigen Regierungen die Möglichkeit zu belassen, den Charakter einer politischen Abmachung in Abrede zu stellen.

Die Anregung ging offenbar von Jswolski, dem russischen Botschafter in Paris, aus, dessen Persönlichkeit und Vergangenheit, wenn es nach den Anlagen VI—VIII des Weißbuches über die russo-serbische Verschwörungspolitik seit der bosnischen Annexionskrise noch nötig sein sollte, alles Zweifel darüber beheben, gegen wen und in welchem Geiste diese Bindungen ersonnen wurden. Auch daß der Vorschlag nicht direkt von Petersburg, sondern via Jswolski-Paris nach London getragen wurde, ist symptomatisch.

In seinem Schreiben vom 20. März/2. April 1914 an Jswolski pflichtet der russische Minister des Aeußern dessen Anregung bei und teilt seine Ansicht, „daß die Zusammenkunft der Herren Poincaré und Doumergue mit dem König von England in Paris dazu benutzt werde, vertraulich darauf hinzuweisen, daß ein engeres Abkommen zwischen Rußland und England auch in Frankreich als ein freudiges Ereignis begrüßt werden würde".

Tatsächlich hat die französische Regierung die Anregung unter dem Gedanken aufgegriffen, daß, nachdem Frankreich besondere militärisch-maritime Vereinbarungen mit Rußland und England habe, dieses System koordiniert und ergänzt werden müßte durch entsprechende Vereinbarungen zwischen Rußland und England". (Schreiben Jswolskis an Sasonow vom 27. März/8. April 1914.) Die russisch-englischen Abmachungen sollten in das Gewand einer Marinekonvention gekleidet werden. Die russische Regierung hatte sich also an die französische mit der Bitte gewandt, die Frage bei den Engländern anzuregen. Ausführlich wanderten Sasonows Instruktionen an Jswolski von Paris nach London, wo die ihnen zugrunde liegende Idee jedenfalls günstige Aufnahme fand.

Der Besuch des Königs von England in Paris (21. April), den Sir Edward Grey dorthin begleitete, während auch Graf Benckendorff gleichzeitig sich in Paris aufhielt, gab Gelegenheit zur mündlichen Aussprache und zur Einleitung der Verhandlungen. Sir Edward Grey ist bereitwillig auf den Vorschlag einer militärischen Verbindung zwischen England und Rußland eingegangen und hat ihn nach seiner Rückkehr in London dem Ministerrat vorgetragen. Von den militärischen Abmachungen zwischen Frankreich und England erhielt die russische Regierung streng vertrauliche Kenntnis mit der Aufforderung, der englischen Regierung bezüglich des zwischen den beiden Mächten abzuschließenden Marineabkommens analoge Vorschläge zu machen.

Kennzeichnend für die Erwartungen, die man an den Ausbau der Entreifung durch das Marineabkommen knüpfte, ist eine Stelle aus einem Schreiben Benckendorffs an Sasonow vom Mai 1914. In der es mit Beziehung auf diese Vorschläge über das Marineabkommen heißt: „Wenn das hier skizzierte Ergebnis erzielt sein wird, werden wir, glaube ich, die Hauptsache erreicht haben, nämlich die bisher allzu theoretischen und friedlichen Grundgedanken der Entente durch etwas Greifbareres zu ersetzen."

Man beachte, daß dieser Passus nicht von dem unverhüllten Gegner Oesterreich-Ungarns und seines deutschen Bundesgenossen, Herr Jswolski, sondern von dem verschlagenen, vielfach erprobten Grafen Benckendorff herrührt und, seiner Diplomatensprache entkleidet, nichts weniger enthält, als das nackte Bekenntnis zu den Aggressivtendenzen der Entente. Klar ist in diesem Schreiben ferner ausgesprochen, daß der Geist der Entente, verstärkt durch die militärischen Vorkehrungen, stärkerer Garantien (durch eine förmliche Allianz) kaum bedürfte. Die Engländer, heißt es dort, seien am festesten überzeugt, daß der Konflikt mit Deutschland früher oder später unvermeidlich sei; sie seien einem offensiven Bündnis abgeneigt; wenn man aber auf die verschiedenen Phasen der Entente zurückblicke, so könne man nicht leugnen, daß die Entente sich in kritischen Phasen auch ohne solch ein Bündnis stets bewährt habe und die betreffenden Staaten jeweilig immer Seite an Seite gestanden hätten.

In seinem Schreiben vom 29. April/12. Mai 1914 an den Minister spricht Benckendorff vom Beginn einer Phase noch stärkerer Annäherung an Frankreich, die Grey ihm ankündigte, der ihn eigens zu einer Besprechung habe bitten lassen. Benckendorff habe ihm für diese Mitteilung gedankt, deren ganze Tragweite er zu würdigen wisse. Paul Cambon, der französische Botschafter in London, wurde zu diesen Verhandlungen zugezogen.

Benckendorff erhielt von Sir E. Grey vertrauliche Kenntnis von der nunmehr allgemeinen Note Greys an Cambon vom 22. November 1912 (vergl. engl. Blaubuch Nr. 105), die, ohne einen Bündnisvertrag darzustellen, die gegenseitig zu leistende Waffenhilfe jedem Spezial entrückt, und ferner von Cambons Abschrift seiner Antwortnote hierauf vom 23. November, die mit Genugtuung in die gebotene Hand einschlägt. Die Stelle in Cambons Antwortnote, daß es wesentlich sei, zu wissen, ob die eine Macht auf die bewaffnete Hilfe der anderen rechnen könne, und daß die betreffenden Regierungen sofort gemeinsam die Frage prüfen wollten, ob ein gemeinsames Vorgehen angezeigt wäre, falls eine Störung des allgemeinen